

# Reglement,

das

Verfahren bei der Veranlagung

der

Steuerpflichtigen in der Stadt Braunschweig  
zur Gemeindesteuer und bei Erledigung der Re-  
clamationen gegen die Veranlagung, so wie bei  
Erhebung der Gemeindesteuer

betreffend.





Da die gemachten Erfahrungen es nothwendig erscheinen lassen, das bei der Erhebung der Gemeindesteuer und bei der Veranlagung zu derselben hier bisher beobachtete, auf dem Regulativ vom October 1855 beruhende Verfahren in verschiedenen Punkten abzuändern, so haben der Stadt-Magistrat und die Stadt-verordneten zur weitem Ausführung der in den §§. 146, 47 und 66 der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 enthaltenen Vorschriften, das nachfolgende Reglement festgestellt.

#### §. 1.

Die Veranlagung der hiesigen steuerpflichtigen Einwohner zur Gemeindesteuer geschieht nach der ange-schlossenen Classifications-Tabelle.

Die danach zu entrichtende Gemeindesteuer wird auf die einzelnen Steuerpflichtigen stets nach dem vollen Jahres-Betrage ausgeschrieben, jedoch wird davon nur so viel wirklich erhoben, als zur Deckung des nach dem

# Classifications - Tabelle

für die

Gemeinde = Steuer nach der Markrechnung

vom Jahre 1875.

Classe	Angenommenes jährliches Einkommen	Steuerfuß in Procenten	Jährlicher Steuerbetrag				Monatlicher	
			Mark	Pfge.	Mark	Pfge.	Mark	Pfge.
1	300—449 Mark	$\frac{4}{5}$ %	2	40	—	—	20	—
2	450—599 "	$\frac{4}{5}$ "	3	60	—	—	30	—
3	600—749 "	$\frac{4}{5}$ "	4	80	—	—	40	—
4	750—899 "	$\frac{4}{5}$ "	6	—	—	—	50	—
5	900—1049 "	$\frac{4}{5}$ "	7	20	—	—	60	—
6	1050—1199 "	$\frac{4}{5}$ "	8	40	—	—	70	—
7	1200—1349 "	$\frac{4}{5}$ "	9	60	—	—	80	—
8	1350—1499 "	$\frac{4}{5}$ "	10	80	—	—	90	—
9	1500—1649 "	$\frac{5}{5}$ "	15	—	1	—	25	—
10	1650—1799 "	$\frac{5}{5}$ "	16	80	1	—	40	—
11	1800—1949 "	$\frac{6}{5}$ "	21	60	1	—	80	—
12	1950—2099 "	$\frac{6}{5}$ "	23	40	1	—	95	—
13	2100—2249 "	$\frac{7}{5}$ "	29	40	2	—	45	—
14	2250—2399 "	$\frac{7}{5}$ "	31	80	2	—	65	—
15	2400—2549 "	$\frac{8}{5}$ "	38	40	3	—	20	—
16	2550—2699 "	$\frac{8}{5}$ "	40	80	3	—	40	—
17	2700—2849 "	$\frac{9}{5}$ "	48	60	4	—	5	—
18	2850—2999 "	$\frac{9}{5}$ "	51	60	4	—	30	—
19	3000—3299 "	$\frac{10}{5}$ "	60	—	5	—	—	—
20	3300—3599 "	$\frac{11}{5}$ "	72	60	6	—	5	—
21	3600—3899 "	$\frac{12}{5}$ "	86	40	7	—	20	—
22	3900—4199 "	$\frac{13}{5}$ "	101	40	8	—	45	—
23	4200—4499 "	$\frac{14}{5}$ "	117	60	9	—	80	—
24	4500—4799 "	$\frac{15}{5}$ "	135	—	11	—	25	—
25	4800—5099 "	$\frac{16}{5}$ "	153	60	12	—	80	—

Bei allen höheren Einkommen bleibt der procentmäßige Steuerfuß unverändert.

Die Abschätzung des Einkommens erfolgt nach Abstufungen von 300 zu 300 Mark.

alljährlich festgestellten Stadt-Cassen-Etat sich ergebenden Bedarfs erforderlich ist. (cf. §. 11.)

Sollten außerordentliche Bedürfnisse das Aufschreiben einer besondern Communalsteuer nothwendig machen, so erfolgt die Heranziehung der Steuerpflichtigen zu derselben gleichfalls auf Grundlage der beiliegenden Classifications-Tabelle.

## §. 2.

Die Stadtverordneten werden es sich zur besondern Aufgabe machen, dahin zu wirken, daß jeder Steuerpflichtige nach seinem wirklichen Einkommen zu der Gemeindesteuer herangezogen wird, damit kein Steuerpflichtiger vor dem andern, mit ihm im gleichen Verhältniß stehenden Steuerpflichtigen beschwert wird.

## §. 3.

Damit die zu diesem Endzwecke erforderliche Ermittlung des Einkommens der einzelnen Steuerpflichtigen um so gewisser erreicht wird, werden die Stadtverordneten in drei Commissionen von je 9 Mitgliedern vertheilt, von denen jede Commission die Einschätzung der Steuerpflichtigen von zwei städtischen Polizei-Districten zu übernehmen hat.

## §. 4.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung hat deren Mitglieder nach seinem besten Ermessen in die gedachten 3 Commissionen dergestalt zu vertheilen, daß die möglichst genaue Ermittlung des Einkommens der Steuerpflichtigen aller Classen dadurch thunlichst sicher gestellt wird und der Stadtverordneten-Versammlung diese Vertheilung zu etwaigen Erinnerungen und zur endgiltigen Feststellung vorzulegen.

## §. 5.

Jeder Commission werden noch 6 steuerpflichtige Einwohner aus hiesiger Stadt beigegeben, bei deren Wahl darauf Bedacht zu nehmen ist, daß durch deren Hinzutritt die Commissionen besonders befähigt werden, die Verhältnisse aller Steuerpflichtigen zu ermitteln und festzustellen. — Der Vorsitzende der Stadtverordneten schlägt dieselben der Versammlung vor, welche darüber in vertraulicher Sitzung Beschluß faßt.

## §. 6.

Die der Stadtverordneten-Versammlung angehörenden Mitglieder jeder Commission wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, welcher die Commissionen zu berufen und die Verhandlungen zu leiten hat.

## §. 7.

An den Berathungen über die Feststellung des Einkommens der einzelnen Steuerpflichtigen nehmen beide Arten der Commissions-Mitglieder gleichmäßig Antheil; bei der Beschlußfassung sind aber nur diejenigen Mitglieder zur Abgabe ihrer Stimme berechtigt, welche der Stadtverordneten-Versammlung angehören.

Sind diese Letztern über den Betrag, zu welchem das Einkommen eines Steuerpflichtigen anzunehmen ist, einstimmig einverstanden, so wird derselbe danach zur Steuer veranlagt, insofern nicht später durch die Stadtverordneten-Versammlung eine Aenderung beschlossen wird. (§. 8.)

## §. 8.

Wenn die Veranlagung sämtlicher Steuerpflichtigen durch die Commissionen beendet ist, treten die Vorsitzenden derselben zusammen und prüfen die sämtlichen Veranlagungen.

Ein jeder derselben hat dann das Recht und die Pflicht, solche Veranlagungen, rücksichtlich deren er eine ungerechtfertigte Abweichung von anderen Veranlagungen gleicher Art zu finden glaubt, zu beanstanden und in der Stadtverordneten-Versammlung selbst zur

Entscheidung vorzutragen, welche auch über alle solche Veranlagungen, über welche die Commissions-Mitglieder nicht zu einem einstimmigen Beschlusse sich vereinigen können (§. 7.) auf Vortrag des Vorsitzenden der Commission zu beschließen hat.

Solche Verhandlungen über Steuer-Veranlagungen geschehen immer in vertraulicher Sitzung.

### §. 9.

Nachdem die Veranlagung sämmtlicher Steuerpflichtigen in der gedachten Weise durch die Commissionen, beziehungsweise durch die Stadtverordneten-Versammlung selbst geschehen, auch der Stadt-Cassen-Stat festgestellt ist, wird durch eine vom Stadt-Magistrate in Uebereinstimmung mit der Stadtverordneten-Versammlung zu erlassende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntniß gebracht, welcher Theil der ausgeschriebenen Steuerbeträge von den Steuerpflichtigen zu entrichten ist und wie die Zahlung zu geschehen hat.

### §. 10.

Auf den sodann auszufschreibenden Steuerzetteln ist ausdrücklich zu bemerken, daß etwaige Reclamationen binnen 4 Wochen nach dem Empfange des Steueransschreibens eingebracht werden müssen und daß die



Steuer in quartaligen Raten postnumerando zu entrichten ist, widrigenfalls dieselbe ohne Weiteres executivisch eingezogen wird. — conf. übrigens §. 16. —

### §. 11.

Damit über den Beginn der Reclamationsfrist keine Differenzen entstehen, wird der Stadt-Magistrat alljährlich, sobald die Zustellung aller Steneraus-schreiben geschehen ist, durch eine öffentliche Bekanntmachung das Publikum davon in Kenntniß setzen, von welchem Tage an die vierwöchige Reclamationsfrist beginnt. Jede nach deren Ablauf eingehende Reclamation kann vom Stadt-Magistrate ohne Weiteres zurückgewiesen werden, wenn der Reclamant für die Versäumniß der Frist keine genügende und bescheinigte Entschuldigungsgründe beizubringen vermag.

### §. 12.

Die Reclamationen, welche gegen die Stenerveranlagungen erhoben werden, sind in der Regel schriftlich bei dem Stadt-Magistrate einzureichen, jedoch ist es denjenigen Personen, welche sich schriftlich nicht gehörig auszudrücken vermögen, auch gestattet, ihre Anträge im Stadt-Magistrate zu Protocoll zu geben.

Die Reclamationen werden vom Stadt-Magistrate

an den Vorsitzenden der betreffenden Commission gesandt. Sie müssen specielle Angaben über die Einkünfte des Reclamanten enthalten. Ist die Verzeichnung des Einkommens mangelhaft oder bestritten, ergeben sich Unrichtigkeiten oder Widersprüche, oder steht das specificirte Einkommen mit den offenkundigen Ausgaben des Reclamanten im Mißverhältnisse, so ist die Commission verpflichtet, durch Vernehmung des Reclamanten oder solcher Personen, die mit dessen Verhältnissen genau bekannt sind, die erforderliche Aufklärung herbeizuführen. Die Vorladungen geschehen durch den Stadt-Magistrat und es ist jeder Vorgeladene zur Folgeleistung verpflichtet.

### §. 13.

Nach beendigter Vorprüfung der Reclamationen, eventuell nach beendigter weiterer Untersuchung derselben, wird in einer vertraulichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung über die eingegangenen Reclamationen nach absoluter Stimmenmehrheit entschieden, zu welchem Ende die Vorsitzenden der Commissionen, oder ein anderes von denselben zu bestellendes Mitglied über die einzelnen Reclamationen in der Sitzung Bericht zu erstatten haben.

## §. 14.

Ist ein Reclamant durch die Entscheidung der Stadtverordneten-Versammlung nicht zufrieden gestellt, so steht demselben ein Recurs an die vereinigte Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten zu. Dieser Recurs ist binnen 14 Tagen, von dem Tage angerechnet, an welchem dem Reclamanten die Entscheidung der Stadtverordneten-Versammlung zugestellt ist, in einer bei dem Stadt-Magistrate einzureichenden schriftlichen Eingabe zu verfolgen.

Wird diese Frist versäumt und diese Versäumniß nicht durch genügende und bescheinigte Umstände entschuldigt, so kann der Stadt-Magistrat die Reclamation ohne Weiteres zurückweisen, im entgegengesetzten Falle wird ein Mitglied des Stadt-Magistrats von dessen Vorsitzendem beauftragt, die gestellten Anträge zu prüfen, etwaige Zweifel und Bedenken durch weitere Sachuntersuchung zu heben und sodann in der anzuberaumenden gemeinschaftlichen Sitzung der beiden städtischen Collegien darüber Bericht zu erstatten. Durch den dort nach absoluter Stimmenmehrheit gefaßten Beschluß wird die Sache endgiltig erledigt.

## §. 15.

Für die Entscheidung der Reclamationen in erster

und zweiter Instanz gelten folgende leitende Grundsätze:

1. Wenngleich die Entscheidung über die Reclamationen nach dem freien Ermessen des entscheidenden städtischen Collegiums erfolgt, so ist dabei doch immer der Grundsatz festzuhalten, daß nicht die abschätzende Commission beziehungsweise die Stadtverordneten = Versammlung die Richtigkeit der Abschätzung, sondern der Steuerpflichtige die Richtigkeit seiner Reclamation darzuthun habe.
2. Reclamationen, welche, wenn auch nur in einzelnen Punkten, unrichtige Angaben enthalten, ferner die Reclamationen solcher Personen, welche sich geweigert haben, die geforderten speciellen Nachweisungen der Richtigkeit ihrer Angaben zu geben, oder sich überhaupt persönlich vornehmen zu lassen, sind ohne Weiteres als unbegründet zurückzuweisen.
3. Sowohl der Stadtverordneten = Versammlung, als der vereinigten Versammlung beider städtischen Collegien steht selbstverständlich die Befugniß zu, zur Beseitigung etwaiger Zweifel eine weitere Instruction der Sache zu beschließen, welche dann von der betreffenden Com-

mission resp. von dem Referenten des Stadt-Magistrats vorzunehmen ist.

4. Es kann aber auch zur Erledigung etwa gebliebener Zweifel von den Steuerpflichtigen die eidliche Bestärkung ihrer Angaben gefordert werden. Die Ableistung des Eides erfolgt, wenn derselbe durch die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen ist, vor einem Deputirten des Stadt-Magistrats und zwei Mitgliedern der betreffenden Einschätzungs-Commission, wenn derselbe aber auf einem Beschlusse der beiden vereinigten städtischen Collegien beruht, vor dem Stadt-Magistrate selbst. In beiden Fällen ist der Steuerpflichtige vor Ableistung des Eides auf die obwaltenden Bedenken und etwa wahrscheinlichen Irrthümer in seinen Angaben speciell aufmerksam zu machen. Die Verweigerung des Eides hat die endgiltige Zurückweisung der Reclamation zur Folge.

### §. 16.

Jeder Reclamant hat die von ihm geforderte Steuer für das erste Quartal zu berichtigen und solches durch Einreichung des mit Quittung zu versehenen Steuer-ausschreibens nachzuweisen. Ist solches nicht geschehen,

so ist die Reclamation bis zur Einreichung dieser Nachweisung vom Stadt-Magistrate ohne Weiteres zurückzuweisen. Eine Ausnahme tritt nur bei solchen Reclamanten ein, welche gegen ihre Herausziehung zu der Gemeindesteuer überhaupt reclamiren. Wird die Reclamation für begründet erkannt, so wird das zu viel Bezahlte auf die Steuerbeträge in Anrechnung gebracht, eventuell demselben aus der Stadt-Casse restituirt.

### §. 17.

Die Commissions-Mitglieder haben bei den Abschätzungen nach Pflicht, Ehre und Gewissen zu verfahren, auch über die Verhandlungen in den Commissionen sowie über die Angaben der Steuerpflichtigen und vernommenen Auskunftspersonen, so weit nicht den städtischen Collegien davon Vortrag zu machen ist, strenge Verschwiegenheit zu beobachten.

### §. 18.

Die festgestellten Steuer-Listen sollen jährlich 14 Tage lang in dem Geschäftslocale des Stadt-Magistrats zu Jedermanns Einsicht ausgelegt werden.

### §. 19.

Damit die Steuerpflichtigen an ihre Zahlungs-Verpflichtungen um so sicherer erinnert werden, wird

von der Stadtcasse 14 Tage vor Ablauf jeden Quartals eine Aufforderung zur Entrichtung der vierteljährlichen Steuer bis zum Ablaufe des Quartals durch die Anzeigen erlassen werden.

### §. 20.

Dieses Reglement tritt zuerst bei der Veranlagung der Steuerpflichtigen für das Jahr 1872 in Wirksamkeit und verliert damit das Regulativ vom October 1855 die Gültigkeit.

Vorstehendes Reglement wird, nachdem die neue Classifications-Tabelle durch das Rescript Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 19. d. Mts., № 10,386, genehmigt ist, damit ausgefertigt.

Braunschweig, am 31. Decbr. 1870.

**Der Stadt-Magistrat daselbst.**

H. Caspari.      A. Bammel.

J. N. Grote.      F. Rittmeyer.      H. Bardenwerper.

G. O. Carstens.      C. W. Ramdohr.

